

Legen wir unsere Zukunft selber fest

Die Bürgerinnen und Bürger des Kantons Freiburg müssen sich entscheiden, ob sie solch grosse Risiken eingehen wollen, um einige Führungskräfte der KGV zu begünstigen. **Wir fordern stattdessen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für alle Staatsangestellten.** Unser Ziel liegt nicht in der Blockierung von Ecalex. Aber wir müssen uns dagegen wehren, dass der Staatsrat die Ecalex-Revision zum Anlass genommen hat, um darin den Austritt des KGV-Personals aus dem StPG festzuschreiben.

Stimmen wir NEIN und versammeln wir uns dann alle am runden Tisch, um ernsthaft über die Zukunft der Staatsangestellten zu verhandeln. Der Staatsrat handelt unüberlegt und ist unfähig, in seinen eigenen Einrichtungen eine Personalpolitik walten zu lassen, die nicht nur effizient, sondern auch an die Realitäten des 21. Jahrhunderts angepasst ist. **Unsere Stärke liegt im Dialog und in der Zusammenarbeit.** Sowohl bei der KGV wie dem Freiburger Spital müssen alle betroffenen Partner in die Suche nach Lösungen einbezogen werden.

Die Freiburger Bürgerinnen und Bürger müssen sich entscheiden, ob sie kurzfristig von den Referenzwerten des Gesundheitswesens und des Bildungs- und Sicherheitsbereichs profitieren wollen. Wir sind hingegen der Meinung, dass diese Sektoren dann ihre Aufgabe am besten wahrnehmen können, wenn die Mitarbeitenden angehört und respektiert werden.

Die Diskussion um Ecalex ist von umso grösserer Bedeutung, als dass sie einen Einfluss auf alle Arbeitnehmenden unseres Kantons hat. Erstens natürlich auf alle, die dem StPG unterstellt sind, desweiteren aber auch auf die Mitarbeitenden des Privatsektors, welcher sich bei Angriffen auf die Arbeitsbedingungen seiner Angestellten fortan auf das Vorgehen des Staates beziehen könnte.

Das Freiburger Wahlergebnis zur Unternehmenssteuerreform III stimmt uns äusserst zuversichtlich für den Erfolg dieses Referendums. Die Stimmbevölkerung hat am 12. Februar gezeigt, dass sie für geschmacklose, unausgeglichene und unausgewogene Projekte nicht zu gewinnen ist. Drei Adjektive, die auch Ecalex bestens beschreiben.

Warum ein NEIN zu ECALEX?

- ▶ Um eine Kürzung der Löhne zu verhindern.
- ▶ Um zu verhindern, dass Staatsangestellte aus dem StPG ausgenommen werden.
- ▶ Um gegen eine rein ideologische Logik der Privatisierung und des Abbaus des Service public anzukämpfen.
- ▶ Um gegen die Verarmung der Arbeitnehmenden dieses Kantons anzukämpfen.
- ▶ Um eine Erhöhung der Prämien der Gebäudeversicherung zu verhindern.

Falls Sie unsere Kampagne unterstützen möchten:

PC-Konto 17-8404-7 / IBAN CH47 0900 0000 1700 8404 7



UM NICHT BALD
NACKT
DAZUSTEHEN
ECALEX
NEIN

MAN WILL UNS
ALLES NEHMEN
REFERENDUM VOM
21. MAI 2017
ECALEX NEIN

FEDE

UNIA

FOPIS VOPSI

syna

ssp fribourg

SP

JS
Jungsozialdemokraten
Freiburg

GRÜNE LES VERTS
PROGRESSIVE ALTERNATIVE

MITTE LINKS CSP

solidarités

Ecalex – was ist das?

Das neue Gesetz über die Gebäudeversicherung, die Prävention und die Hilfeleistungen bei Brand und Elementarschäden (Ecalex) ist am 9. September 2016 vom Grossen Rat gegen den Willen der Personalverbände verabschiedet worden, worauf diese gezwungen waren, das Referendum zu ergreifen. Das Referendumskomitee stellt eine Gesetzesrevision nicht grundsätzlich in Frage. **Doch es wehrt sich gegen die Artikel bezüglich des Personals. ECALEX sieht den Austritt der Mitarbeitenden der Kantonalen Gebäudeversicherung (KGV) aus dem Staatspersonalgesetz (StPG) vor und würde der Direktion der KGV damit freie Hand lassen, um leistungsorientierte Löhne einzuführen.** Das Referendum wehrt sich gegen dieses Vorgehen: Die KGV darf nicht wie ein Unternehmen geführt werden, das von den Staatsgesetzen ausgenommen ist, während die Bevölkerung gezwungen ist, sich bei der KGV zu versichern. **Wir sind überzeugt, dass eine solche Liberalisierung kurzfristig zu einer Erhöhung der Versicherungsprämien führen würde, die bislang sehr tief lagen.**

Liebe Staatsangestellte, man will den Service Public abbauen und die Löhne kürzen

Die Abstimmung vom 21. Mai ist für die Zukunft des öffentlichen Dienstes von grosser Bedeutung.

Der vorgesehene Austritt des KGV-Personals aus dem StPG ist ein Alarmsignal. Er würde zweifellos den Austritt von Mitarbeitenden anderer Einrichtungen aus dem StPG nach sich ziehen. Die Etablierung eines solchen Präzedenzfalls muss daher unbedingt verhindert werden.

Wir stehen an einem Wendepunkt. Nach der KGV steht bereits das Kantonsspital in der Warteschlange...

Mit dem Sammeln von 9500 Unterschriften für das Referendum hat das Personal des öffentlichen Dienstes gezeigt, dass es sich dieser Gefahren bewusst ist. Im Falle eines JA hätte nach der KGV auch die Direktion des Freiburger Spitals freie Hand um 3000 Mitarbeitende aus dem StPG auszunehmen. Die Privatisierung der Wäscherei des HFR hat bereits vorgeführt, dass der Wille dazu vorhanden ist.

Wird Ecalex angenommen, wird es sehr schwierig, das Ausbluten des öffentlichen Dienstes zu stoppen.

Eigenständige Einrichtungen, die subventionierten Sektoren und alle staatlichen Institutionen könnten dann angegriffen werden. Die Abgeordneten des Grossen Rates müssen bereits heute zu den Vorschlägen der Rechten Stellung nehmen, die das StPG revidieren möchten, um damit den Stufenanstieg und die Lohnprogression der Staatsangestellten anzugreifen. Die Rechte will zudem leistungsabhängige Löhne einführen und Entlassungen erleichtern.

Gibt es hier einen Piloten im Cockpit?

Die wirtschaftsliberale Rechte hat keinerlei Respekt für das Personal. In dem einen Fall, nämlich jenem der KGV, will sie das Personal aus dem StPG ausnehmen, um Kaderangestellte zu begünstigen, während sie in einem anderen Fall, jenem des Freiburger Spitals, dieselbe Massnahme durchführen möchte, um Einsparungen auf dem Rücken des Personals zu erzielen.

Dreifacher Angriff auf die Staatsangestellten

Ein JA zu Ecalex hätte schwerwiegende Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen, auf die Kapazität der Mitarbeitenden, ihre Mission zu erfüllen sowie auf das Image der Behörden in den Augen der Freiburgerinnen und Freiburger.

Ein Austritt des Personals aus dem StPG führt zu schlechteren Arbeitsbedingungen

- › Entlassungen könnten einfach durchgeführt werden.
- › Die Lohnprogression würde verlangsamt und drastisch zusammengestutzt.
- › Falls der Kanton weitere Sparmassnahmen lanciert, würden sie sich auf eine kleinere Anzahl von Mitarbeitenden verteilen.
- › Man isoliert die Angestellten, um sie zu schwächen.

Allgemeine Unzufriedenheit

- › Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen hätte auch Auswirkungen auf die Qualität des öffentlichen Dienstes.
- › Das Personal würde für die Unzufriedenheit der Bevölkerung büssen.

Die ganze Freiburger Bevölkerung steht auf der Verliererseite

- › Mit diesem Gesetz entzieht man dem Staat einen Dienstleister, der für die Gewährleistung der Sicherheit der Freiburger Bevölkerung eine absolut zentrale Rolle einnimmt: Gebäude-, Elektroinstallations-, Feuerkontrollen usw.
- › Der Austritt des KGV-Personals aus dem StPG ist ein erster Schritt in Richtung vollständige Privatisierung der Einrichtung, obwohl diese für den Staat rentabel ist.
- › Ein Angriff auf den öffentlichen Dienst hat mit Sicherheit Auswirkungen auf die Bevölkerung. Ein JA am 21. Mai würde längerfristig zur Schwächung des StPG führen, mit folgenden Auswirkungen:
 - Eine Verschlechterung der Qualität der Pflegeleistungen.
 - Eine Erhöhung der Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse.
 - Eine allgemeine Verschlechterung der Qualität des Service public.